

**Protokoll der Herbsttagung am 26. und 27. Oktober 2011 in Bayreuth**

**Tagungsort:** Universität Bayreuth, Tagungszentrum  
**Leitung:** Dr. Steffen Wawra  
**Zeit:** 26.10.2011 14:00 Uhr - 18:00 Uhr  
27.10.2011 09:00 Uhr - 13:30 Uhr

**Tagesordnung:**

**TOP 1 Begrüßungen**

**Seite: 3**

- Begrüßung Vizepräsident Universität Bayreuth Prof. Dr. Stefan Leible
- Begrüßung Vorsitzender der Sektion 4, Dr. Steffen Wawra
- Begrüßung Gastgeber Ltd. Bibliotheksdirektor Ralf Brugbauer

**TOP 2 Regularien / Berichte**

**Seite: 3**

**TOP 3 Newcomers' Session**

**Seite: 3**

**TOP 4 Bibliothekspolitik 1: Zukunft des Verbundsystems**

**Seite: 4**

- Die Empfehlungen von DFG und Wissenschaftsrat zur Zukunft der Bibliotheksverbände aus Sicht einer Universitätsbibliothek

*Dr. Dietmar Haubfleisch, Universitätsbibliothek Paderborn*

- Gemeinsame Verbunddienstleistungen heute und morgen

*Dr. Ulrich Hohoff, Universitätsbibliothek Augsburg*

**Bibliothekspolitik 2: Berichte aus dem dbv**

**Seite: 7**

- Bericht über den Fortgang der Initiative des dbv für eine nationale Digitalisierungsstrategie

*Dr. Frank Simon-Ritz, dbv-Vorstandsmitglied und Universitätsbibliothek Weimar*

- Ergebnisse der Umfrage zur Finanzlage wissenschaftlicher Bibliotheken & Bericht über die Neukonzeption des BIX

*Ulla Wimmer, Koordinatorin des Kompetenznetzwerkes (KNB)*

**TOP 5 Bibliothekspolitik 3: Zukunft des SSG-Systems der DFG / Berichte aus der DFG**

**Seite: 10**

- SSG 2.0 – das Sondersammelgebietssystem der DFG nach seiner Evaluierung

*Dr. Christoph Kümmel, Deutsche Forschungsgemeinschaft*

- Neuausrichtung der überregionalen Informationssysteme & weitere DFG-Nachrichten

*Dr. Sigrun Eckelmann, Deutsche Forschungsgemeinschaft*

## **TOP 6 Bibliothekspolitik 4: KII-Empfehlungen zur Informationsinfrastruktur**

**Seite: 12**

- Impulsreferat
- Stellungnahme der Hochschulbibliotheken zur Entwicklung von Informationsinfrastrukturen in Deutschland

*Dr. Axel Halle, UB Kassel und Han Wätjen, BIS Oldenburg (Bericht der AG)*

## **TOP 7 Bibliothekspolitik 5: Berichte und Initiativen der Sektion 4**

**Seite: 15**

Berichte aus den AGs

- Planungen und Arbeitsschwerpunkte der AG Regionalbibliotheken
- und weitere Berichte
- Einberufung dbv-Kommission „Informationskompetenz“: Vorschlag der Gründung einer dbv-Kommission

*Dr. Irmgard Siebert, Vorsitzende der AG, Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf)*  
*Christian Benz (Universitätsbibliothek Mannheim), Dr. Fabian Franke (Universitätsbibliothek Bamberg), Dr. Renate Vogt (Universitäts- und Landesbibliothek Bonn)*

## **TOP 8 Verschiedenes**

**Seite: 16**

- Dissertationenabgabe / KMK –Empfehlung

## **TOP 1 - Begrüßungen**

Zu Beginn der Herbstsitzung 2011 der Sektion 4 begrüßt Vizepräsident Prof. Dr. Stefan Leible alle Anwesenden an der Universität Bayreuth. Er umreißt ihre junge Geschichte, nennt u.a. ihre Forschungsschwerpunkte, geht auf die Exzellenzförderung der Graduiertenschule für Afrikastudien ein und erwähnt die hervorragende Bewertung z.B. der Fakultät Rechts- und Wirtschaftswissenschaften im CHE-Ranking. Abschließend bezeichnet er die Bibliothek als Herzstück der Universität und empfiehlt einen Besuch der „bestimmten schönsten Gruppenarbeitsräume in einer Bibliothek in Deutschland“. Sie wurden mit Unterstützung der Studierenden und dank der Bereitstellung beträchtlicher Mittel aus Studienbeiträgen neu errichtet und Ende Oktober 2011 eröffnet.

Anschließend begrüßt der Vorsitzende der Sektion 4, Dr. Steffen Wawra, die Teilnehmer der Herbstsitzung und dankt den Organisatoren in Bayreuth für ihre Vorbereitungen. Zum Tagungsprogramm führt er aus, dass der Anregung aus der Sitzung im Frühjahr, den Diskussionen zu den einzelnen Beiträgen mehr Zeit einzuräumen, Rechnung getragen wurde.

Schließlich begrüßt Ralf Brugbauer, Direktor der UB Bayreuth, die Gäste. Er erläutert den Ablauf der Veranstaltung (gemeinsames Abendessen, Shuttle-Service, Sponsoring etc.) und wünscht allen Gästen einen schönen Aufenthalt in der Stadt Bayreuth und in der Region Oberfranken.

## **TOP 2 - Regularien / Berichte**

Herr Dr. Wawra erkundigt sich nach Hinweisen und Ergänzungen zum Protokollentwurf der Frühjahrstagung in Münster. Ohne Einwände wird er angenommen. In Kürze soll er ins Internet eingestellt werden. Anschließend gibt Herr Dr. Wawra einen Überblick über die Entwicklung der Mitgliederzahl der DBV Sektion 4. Aktuell sind es 251 Teilnehmer, im Jahr 2010 kamen 14 neue Mitglieder hinzu, im Jahr 2011 waren es 13. Demgegenüber gab es nur eine Kündigung (SRH Hochschule Berlin).

## **TOP 3 - Newcomers' Session**

Drei "Newcomer" werden gebeten, sich selbst und ihren bibliothekarischen Werdegang kurz vorzustellen. Frau Katrin Stump (M.A.) ist seit zwei Jahren Direktorin der Universitätsbibliothek der Technischen Universität Bergakademie Freiberg, ihr bisheriger Berufsweg führte sie über Rom, München und Graz. Frau Stump wünscht sich einen "innovativen Geist" in der Sektion 4.

Dr. Joachim Kreische übernahm im Oktober 2010 die Leitung der Universitätsbibliothek der Technischen Universität Dortmund. Als Themen der Zukunft, die auch im Rahmen von Sekt 4 behandelt werden sollten, schlägt er Management-Themen sowie Personal- und Statistikfragen vor und vermisst vor allem in diesen Bereichen den Dialog im Bibliothekswesen. Wie Bibliotheken in Zukunft ihre Benutzerdienste anbieten wollen und mit welchen Typen von Benutzern die Bibliotheken es heutzutage zu tun haben, betrachtet er ebenfalls als wichtige Themen.

Frau Reingard Grimm übernahm Anfang Januar 2011 die Leitung der Bibliothek der Westsächsischen Hochschule Zwickau. Frau Grimm schloss ihr Maschinenbaustudium an der Technischen Universität Dresden als Diplom-Ingenieurin ab. Nach einem Aufenthalt in Syrien und dem Studium der Bibliothekswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin arbeitete sie anschließend als Fachreferentin und Leiterin einer Teilbibliothek in der SLUB Dresden. Von der Sekt 4 wünscht sich Frau Grimm politische Diskussionen v.a. zum Thema Informationsinfrastruktur.

## **TOP 4 - Bibliothekspolitik 1: Zukunft des Verbundsystems**

Herr Dr. Wawra erinnert an die Frühjahrstagung 2011 in Münster, bei der es bereits um die Zukunft der Verbände ging. Für die Herbsttagung hatte der Vorstand von Sekt 4 die Verbundzentralen zu kurzen Statements aufgefordert, die jedoch mehrheitlich aus Gründen des nun herrschenden Wettbewerbes abgelehnt wurden. Herr Dr. Wawra äußert den Wunsch, dass das Thema künftig konstruktiv und gemeinsam – also von den Bibliotheken als den Kunden der Verbände und als den Motoren der Innovationen auf der einen und den Verbänden auf der anderen Seite – behandelt wird.

### **Dr. Dietmar Haubfleisch: Die aktuellen Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Wissenschaftsrates zur Zukunft der Bibliotheksverbände aus Sicht einer Universitätsbibliothek**

Herr Dr. Haubfleisch weist darauf hin, dass sein Vortrag eine komprimierte Version des Aufsatzes ist, der im Bibliotheksdienst (10/2011, S. 843 ff.) erschien. Im Weiteren geht er auf drei Ebenen ein, auf denen von der DFG und dem Wissenschaftsrat (WR) Veränderungen vorgesehen sind:

1. Klärung, welcher Dienstleistungen es künftig bedarf (Servicespektrum), und welches geeignete technische Verfahren sind, diese Dienste anzubieten,
2. Schaffung geeigneter organisatorischer Strukturen (neue Formen der Koordination und Arbeitsteilung im Verbundsystem),
3. Schaffung geeigneter finanzieller Steuerungsmechanismen.

Hinsichtlich der ersten Ebene (geeignete technische Verfahren und künftiges Servicespektrum) geht er auf mögliche Veränderungen im Bereich der Basisdienste der Verbundzentralen und der Schaffung von nationalen Datenpools (WorldCat und Linked Open Data) ein. Bezüglich möglicher nationaler Nachweissysteme verweist Herr Dr. Haubfleisch auch auf den Vortrag von Günter Hupfer beim Bibliothekartag in Berlin 2011. Herr Dr. Haubfleisch wünscht sich die Bereitstellung eines nationalen Nachweistools, sieht jedoch auch Schwierigkeiten in der Realisierung.

Bezüglich der vom WR und der DFG auf der zweiten Ebene (geeignete organisatorische Strukturen) vorgeschlagenen Veränderungen führt Herr Dr. Haubfleisch aus, dass der WR und die DFG neue verbundübergreifende arbeitsteilige Strukturen für erforderlich halten. So sollen Mehrfacharbeit vermieden, Standards realisiert und frei werdende Ressourcen für neue Dienstleistungen verwendet werden. In diesem Zusammenhang geht er auch auf die Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Verbände ein. Er kritisiert, dass auch in regionalen Strukturen die formalen und faktischen Einflussmöglichkeiten der Bibliotheken auf ihre Verbundzentralen begrenzt sein können; als Beispiel dafür nennt er NRW. Aus seiner Sicht hängt die Qualität der Zusammenarbeit innerhalb eines Verbundes weniger von der Größe als von den formalen und faktischen Partizipationsmöglichkeiten der Verbundmitglieder ab. Sein Kritikpunkt an der aktuellen Situation in den Verbänden ist, dass die wissenschaftlichen Bibliotheken in die Arbeit der Verbundgremien kaum Einblick haben und – abhängig von der Struktur der einzelnen Verbände – wenig bis keinerlei Einfluss ausüben können, sowie, dass sie mit den Arbeitsergebnissen und -beschlüssen der Gremien konfrontiert werden und gehalten sind, diese umzusetzen. Anschließend geht er auf die verbundübergreifende Steuerung und das Fehlen überregional koordinierender Instanzen ein. Als Beispiel der Steuerung innerhalb eines Verbundes führt er die Situation in NRW an.

Hinsichtlich der dritten Ebene (geeignete finanzielle Steuerungsmechanismen) erklärt Herr Dr. Haubfleisch, dass nach Ansicht der DFG und des WR die Leistungen, die die Verbundzentralen und andere Einrichtungen für die wissenschaftlichen Bibliotheken erbringen, weiter durch die jeweiligen Bundesländer zu finanzieren sind. Hierzu merkt Herr Dr. Haubfleisch an, dass, wenn künftig eine wissenschaftliche Bibliothek die Dienstleistung „fremder“ Verbundzentralen oder anderer Anbieter nutzt, zwischen den Einrichtungen bzw. zwischen den beteiligten Ländern eine leistungsbezogene Verrechnung erfolgen muss. Weiter stellt Herr Dr. Haubfleisch verschiedene Verrechnungsmodelle vor, die beschreiben, wie bisher pauschal an die Verbundzentrale überwiesene Landesmittel zukünftig verwaltet werden können. Aus seiner Sicht hat jedes Modell Vor- und Nachteile, die abgewogen werden müssen.

In seinem Resümee trägt Herr Dr. Haubfleisch vor, dass DFG und WR einen wichtigen Vorstoß gemacht haben, die Verbundlandschaft zu reformieren. Jedoch bergen die Empfehlungen aus seiner Sicht auch eine Reihe von Risiken u.a. für die Gesamtstruktur, für die Verbundzentralen und für die wissenschaftlichen Bibliotheken. Bezüglich der Verbundzentralen sei festzustellen, dass sie sich mit den Empfehlungen auseinandersetzen, sich aber öffentlich und verbindlich nur zögerlich zu dem Thema äußern, und dass es von den zuständigen Landesministerien bisher keine Stellungnahmen zu den Empfehlungen gäbe. Aus der Sicht von Herrn Dr. Haubfleisch ist es besonders wichtig, dass sich die wissenschaftlichen Bibliotheken mit den Empfehlungen auseinandersetzen und Stellung beziehen. Sie sollten gegenüber den Ministerien und Verbundzentralen deutlich zum Ausdruck bringen, dass sie eine Reform der Verbundstruktur genauso wie die DFG und der WR für dringend notwendig erachten. Ergänzend stellt Herr Dr. Haubfleisch noch die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Universitätsbibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen (AGUB) zu den Empfehlungen von DFG und WR zur Zukunft der Bibliotheksverbände vom 11.10.2011 vor. Sie richtet sich an das nordrhein-westfälische Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung. Die AGUB teilt im Wesentlichen die Kritik der DFG und des WR an der aktuellen Verbundlandschaft. Die AGUB richtet sich ferner an das Ministerium mit der Bitte, dass man sich auch dort für eine Neustrukturierung der Verbundlandschaft im Sinne der DFG und des WR einsetzt.

#### **Dr. Ulrich Hohoff (UB Augsburg): Gemeinsame Verbunddienstleistungen heute und morgen**

Herr Dr. Hohoff nennt fünf Schlussfolgerungen, die sich aus den Empfehlungen des WR und dem Positionspapier der DFG ergeben: Mehrfacharbeit einstellen, Erschließungsdaten zusammenführen, funktionalen bundesweiten Verbund aufbauen, Basisdienste und Zusatzdienste bundesweit anbieten und Basisdienste verbindlich absprechen. Daraus leitet er fünf gemeinsame Aufgaben in einem bundesweiten Verbundsystem ab: eine einheitliche Arbeitsumgebung für die Erschließung, eine bundesweite Verbunddatenbank bzw. Datenplattform, Basisdienste und Zusatzdienste, offene Bibliotheksdaten sowie Forschung und Entwicklung.

Um eine einheitliche Arbeitsumgebung für die Erschließung zu erreichen, nennt Herr Dr. Hohoff drei Aktionslinien: einheitliche Anwendung der Regelwerke und Datenformate, einheitliche technische Arbeitsumgebungen und Zugriff für die Katalogisierer auf alle Daten der Verbände. Grundsätzlich äußert Herr Dr. Hohoff jedoch Zweifel, ob eine bundesweite Verbunddatenbank notwendig sei. Darüber hinaus sagt er, dass viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muss, damit gemeinsame Standards erreicht werden können.

Damit eine bundesweite Verbunddatenbank geschaffen werden kann, müssen die einzelnen Verbände ihre Daten einbringen. Damit werden die regionalen Verbände zu Partnern, die den Betrieb gemeinsam übernehmen, so Herr Dr. Hohoff. Als Vorteile aus bundesweiter Sicht nennt er, dass neue Software oder Fremd-, Norm- oder Verlagsdaten nur einmal eingespielt werden müssten und entsprechend der Aufwand bei der Qualitätskontrolle und Fehleranalyse verringert werden könnte. Dennoch sind die Verbände nach seiner Auffassung nicht überflüssig, denn es gibt für sie noch regionale Aufgaben, die zu erledigen sind. Konzepte seien notwendig, um zu vermeiden, dass die Verbände nur für sich kämpfen.

Hinsichtlich der Basisdienste führt Herr Dr. Hohoff aus, dass dieses Thema bisher noch nicht ausführlich diskutiert wurde. Bei den Zusatzdiensten sieht er, dass die Schwerpunkte in diesem Bereich, soweit für ihn bisher erkennbar, durch die großen Bibliotheken geprägt werden. Weiterhin müsse gewährleistet sein, dass man für die Zusatzdienste dauerhafte Anbieter findet.

In den USA, berichtet Herr Dr. Hohoff, gäbe es bereits offene Bibliothekssysteme, die den Vorteil hätten, Bibliotheken im Netz sichtbar machen zu können. Maßnahmen, um offene Bibliotheksdaten zu erreichen, wären laut Herrn Dr. Hohoff z.B. Formate und Lizenzen festzulegen oder Relationen in Metadatenfeldern maschinenlesbar zu machen.

Um im Bereich Forschung und Entwicklung etwas zu erreichen, schlägt Herr Dr. Hohoff vor, z.B. ein verteiltes Innovationszentrum aufzubauen. Wichtig sei es auch, bundesweit einen einheitlichen Ansprechpartner zu haben. Dieses würde beim Einwerben von Drittmitteln helfen.

Abschließend führt Herr Dr. Hohoff aus, dass die Verbünde gerade heute die Chance haben, sich neu zu strukturieren. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Bibliotheken dies auch wollen und mit der Arbeit bald beginnen.

### **Diskussion:**

Herr Dr. Halle (UB/LMB Kassel) teilt die Auffassung von Herrn Dr. Haubfleisch hinsichtlich der Vertretung der Bibliotheken in den Gremien nicht. Aus seiner Sicht säßen auch die Experten der Bibliotheken in den Gremien, und in den wichtigen Ausschüssen seien auch die Bibliotheksleitungen vertreten. Außerdem bezweifelt er, dass die Verbundstruktur zu viel Doppelarbeit verursacht. Er sieht hingegen vor allem für kleinere Bibliotheken die Gefahr, dass sie zukünftig Dienstleistungen teuer hinzukaufen müssen, die sie sich vielleicht nicht mehr leisten können.

Anschließend berichtet Herr Wätjen (BIS Oldenburg), dass in Niedersachsen - ähnlich wie in NRW von der AGUB - eine Stellungnahme verfasst wurde. Er wünsche sich ein gemeinsames Votum der Sektion 4 zum Thema und befürworte ein nationales Verbundsystem nach dem Motto „simple is beautiful“. Kritik an dem bestehenden Verbundsystem habe es seiner Ansicht nach schon immer gegeben und sei damit nicht neu. Darüber hinaus wünsche er sich die Schaffung einer einfachen Schnittstelle für den Datentransfer in das Lokalsystem. Das Vorhandensein einer einfachen Schnittstelle für alle würde aus seiner Sicht auch eine Softwarelösung leichter ermöglichen. Da es sechs verschiedene „Genossenschaften“ gäbe, brauche man eine Struktur für die „Genossenschaft der Genossenschaften“. Wichtig sei auch, dass man arbeitsteilig mit Kompetenzzentren arbeitet. Auch sei nicht alles allein über eine DFG-geförderte Finanzierung machbar. Sein Vorschlag sei, zunächst die Organisationsstruktur (Kompetenzzentren) auszuarbeiten, und sich erst dann über eine mögliche Förderpolitik Gedanken zu machen.

Frau Dr. Schomburg (hbz) kritisiert, dass in den Empfehlungen konkrete Hinweise auf Anbieter gefehlt hätten. Gerade im Hinblick auf Datensicherheit beim Anbieter der Zukunft komme die Frage auf, ob man in Zeiten des Cloud-Computing dafür bereit sei, die Daten auf internationalen Servern wiederzufinden. Sie stellt die Frage nach der Zukunft einer nationalen Verbunddatenbank.

Frau Dr. Träger (ULB Münster) geht es um eine nachhaltige Vorgehensweise, und sie fordert eine Strategie, wie neue Strukturen und Systeme nach einer abgeschlossenen Projektförderung aufrechterhalten werden können. Sie empfiehlt, die Chance zu nutzen, die sich durch die Empfehlungen bietet.

Zur Aussage „der Einfluss großer Bibliotheken wirke innovationshemmend“ nahm Herr Diedrichs (Verbundzentrale GBV) Stellung. Dieses Zitat sei aus seiner Sicht nicht richtig, schließlich seien die großen Bibliotheken die Hauptkunden der Verbundzentralen. Ebenfalls nahm er Stellung zum Thema Doppelarbeit und merkte an, dass bisher nicht qualifiziert worden sei, wie viel Doppelarbeit tatsächlich geleistet werde. Dies sei zu überprüfen. Über das Beispiel ZDB gelangt er zum Thema einheitliche und gute Daten/Entitäten für eine gemeinsame nationale Datenbank für Monographien. Eine solche Datenbank hält er für durchaus realisierbar.

Herr Wätjen (BIS Oldenburg) entgegnet, dass er einen solchen Datenpool nicht für sinnvoll erachtet.

Herr Dr. Bonte (SLUB Dresden) wirft die Frage auf, ob man den Verbund überhaupt noch für eine Datenbank braucht, und ob aufgrund des Vorhandenseins von WorldCat die Idee einer nationalen Verbunddatenbank nicht überholt ist.

Frau Dr. Siebert (ULB Düsseldorf) fordert eine gemeinsame Stellungnahme der Sektion 4. Dazu sollte man vielleicht die niedersächsische Stellungnahme und die der AGUB als Grundlage verwenden. Auch Herr Dr. Simon-Ritz (UB Weimar) spricht sich für eine gemeinsame Stellungnahme der Sektion 4 zu den Empfehlungen aus.

Daher schlägt Herr Dr. Wawra vor, dass sich eine kleine Gruppe bildet, die bis morgen einen Entwurf einer Stellungnahme der Sektion 4 vorbereitet. Herr Wätjen schlägt vor, dass er und Herr Dr. Haubfleisch die Stellungnahmen der AGUB und aus Niedersachsen zusammenführen und einen Entwurf für die Sektion 4 daraus machen könnten. Dieser könnte noch während der Tagung besprochen und daraus eine abschließende Stellungnahme erarbeitet werden. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Herr Dr. Ball (UB Regensburg) kritisiert das Vorgehen mit spontanen Stellungnahmen. Er wünscht sich,

dass so etwas in der Tagesordnung vorher vorgesehen wird.

[Anmerkung: Der Entwurf einer Stellungnahme zu den Empfehlungen der DFG und des WR wird am zweiten Tag der Herbsttagung der DBV Sektion 4 diskutiert. Nachdem aus dem Plenum noch einige Änderungswünsche vorgebracht und eingearbeitet wurden, und es zu einer Abstimmung hinsichtlich eines Änderungswunsches gekommen war, wird entschieden, dass der Vorstand unter Mithilfe von Herrn Wätjen und Herrn Dr. Haubfleisch eine überarbeitete Fassung des Entwurfes erstellt. Dieser soll am Montag, den 31.10.2011, an alle Mitglieder der Sektion 4 verschickt werden. Anschließend sollen alle Mitglieder zwei Wochen Zeit haben, um zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Herr Dr. Wawra betont, dass diese Stellungnahme der Sektion 4 nicht ein politisches Statement sondern eine konkrete Handlungsempfehlung sein soll.]

## **TOP 4 - Bibliothekspolitik 2: Berichte aus dem dbv**

### **Dr. Frank Simon-Ritz (UB Weimar): Bericht über den Fortgang der Initiative des dbv für eine nationale Digitalisierungsstrategie**

Als die Initiative des dbv für eine nationale Digitalisierungsstrategie auf der Frühjahrstagung 2011 in Münster vorgestellt wurde, habe es eine kontroverse, lebhafte Diskussion gegeben. Auf Initiative des dbv und anlässlich der Eröffnung des Leipziger Erweiterungsbaus der Deutschen Nationalbibliothek habe die SPD im Mai eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung zu den „Konsequenzen der Digitalisierung für Kulturgüter und -institutionen und die Vermittlung von Kultur und Wissen“ (Drucksache 17/5545) gestellt. Als Antwort darauf habe man erfahren, dass der voraussichtliche Finanzbedarf die Möglichkeiten dessen übersteige, was Bund und Länder finanzieren könnten. Anstelle dessen seien Public Private Partnerships (z.B. zusammen mit Google) zu bevorzugen, und der Ausbau der zentralen Infrastruktur der DDB habe Vorrang vor weiteren Digitalisierungsvorhaben. Vom Kompetenznetzwerk DDB wünsche man sich einen Masterplan für die Digitalisierung.

Die „Kleine Anfrage“ der SPD, so Dr. Simon-Ritz, habe dazu gedient, den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vom 28.06.2011 „Kulturelles Erbe 2.0' – Digitalisierung von Kulturgütern beschleunigen“ vorzubereiten. In ihm ist die Bundesregierung dazu aufgefordert worden, sowohl eine Übersicht über den Stand der Digitalisierung in Deutschland vorzulegen, als auch die bisher durchgeführte nationale Koordinierungsleistung zu charakterisieren und über Ressourceneinsatz sowie künftigen -bedarf Auskunft zu geben. Ebenfalls werde nach dem Handlungsbedarf im Hinblick auf die zu schaffenden einheitlichen Standards, Metadaten und Findmittel für die Archivierung und Digitalisierung der Kulturgüter gefragt. Ein Themenfeld mit großer Bedeutung sei der Umgang mit gemeinfreien Werken und Anpassungen des Urheberrechts (national wie international, insbesondere auf der Ebene der Europäischen Union). Von der Bundesregierung werde verlangt, in Abstimmung mit den Ländern ausführliche Pläne für eine nationale Digitalisierungsstrategie vorzulegen, wobei hier auch wichtige Mindestbedingungen an private Kooperationen formuliert wurden. Die hierfür zusätzlich erforderlichen jährlichen Finanzmittel sollten dabei nicht nur für den Aufbau der Digitalisierungsinfrastruktur verwendet, sondern auch für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs der Digitalisierung vorgesehen werden. Zusammen mit den beiden Anfragen der anderen Parteien (von der Fraktion der Linken „Die Digitalisierung des kulturellen Erbes als gesamtstaatliche Aufgabe umsetzen“ (08.06.2011) und von den Fraktionen von CDU/CSU und FDP „Digitalisierungsoffensive für unser kulturelles Erbe beginnen“ (29.06.2011)) liegen nun zeitgleich drei Anträge zur Digitalisierung, die alle - wenn auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln - die Bedeutung der Digitalisierung unterstreichen.

Über alle drei Anträge wird Anfang November in der Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Bundestags beraten. Eine Schlussbehandlung sei im Plenum für die 48. Kalenderwoche geplant, um die Anträge noch im ausgehenden Jahr 2011 zu einem Gesamtantrag zusammenzuführen.

### **Diskussion:**

Frau Dr. Siebert (ULB Düsseldorf) merkt hierzu an, dass das KII-Papier für sie in der Sache bereits

überholt zu sein scheint. Dass die Bundesregierung darüber diskutiere, sei zwar schön, aber die Digitalisierung sei bereits in vollem Gange. Statt der zehn Zentren sei von 30 000 Einrichtungen die Rede. Frau Dr. Siebert fragt, ob die Initiative sowie die Debatte in der Bundesregierung nicht ein wenig spät komme.

Herr Dr. Simon-Ritz erklärt, dass es zwar schon viele Digitalisierungsprojekte gibt, aber der Grundimpuls der Initiative war, die dabei entstehende Last möglichst auf mehrere Schultern zu verteilen, und Digitalisierung als nationales Gemeinschaftsprojekt anzusehen ist. Die Diskussion um regionale Zentren sei zwar interessant, aber dennoch nicht überholt. Zudem wäre bei der Digitalisierung des VD16, VD17 und VD18 festzustellen, dass beispielsweise von den ca. 600 000 verzeichneten Werken des VD16 bisher nur ca. 80 000 digitalisiert wurden. In den kommenden Jahren seien also noch weitere Anstrengungen (30 Millionen Euro) nötig, um eine wirklich zufriedenstellende Masse an Digitalisaten zu erzeugen.

Herr Dr. Griebel (BSB München) entgegnet, dass das KII-Papier keine Makulatur ist, sondern zur weiteren Behandlung dem Wissenschaftsrat vorliegt. Es gäbe 30 000 Institutionen, die bereits digitalisieren, sodass man nun den gesamtstaatlichen Status quo erfassen müsse. Wenn die Förderlinien der DFG - wie gehabt - weiterliefen, könne bereits in naher Zukunft das Schrifttum bis zum Jahr 1800 in großem Umfang digital zur Verfügung stehen. Wenn dies geschafft sei, werde das Thema der Anpassung des Urheberrechts wichtig, um in vollem Umfang weiterarbeiten zu können. Damit diese Anpassungen noch rechtzeitig stattfinden, sei es aber nötig, die Diskussionen hierzu bereits jetzt anzustoßen. In Anbetracht des zukünftigen Finanzbedarfs ist jedoch die Diskussion um die ca. 2,6 Millionen Euro für den Aufbau der nötigen Infrastrukturen reichlich überflüssig.

Herr Dr. Knoche (HAAB Weimar) findet die politische Unterstützung für eine nationale Digitalisierungsstrategie sehr erfreulich.

### **Ulla Wimmer (KNB): Umfrage zur Finanzlage wissenschaftlicher Bibliotheken & Bericht über Neukonzeption des BIX**

Frau Ulla Wimmer (Kordinatorin des Kompetenznetzwerkes KNB) stellt die Neukonzeption des Bibliotheksindex BIX vor. Einen kleinen Überblick über die Neuerungen bietet der per Post verteilte und unter [http://www.bix-bibliotheksindex.de/fileadmin/downloads/BIX\\_Flyer.pdf](http://www.bix-bibliotheksindex.de/fileadmin/downloads/BIX_Flyer.pdf) angebotene Prospekt zur Neuausrichtung des BIX. Der Bibliotheksindex existiert seit ca. 12 Jahren und ist somit das am längsten bestehende Benchmarkingsystem für Bibliotheken überhaupt. Eben aufgrund dieses Alters wurde eine zukunftsfähige Neuausrichtung zwingend notwendig, wofür eine Konzept-AG ins Leben gerufen wurde. Eine ausführliche Befragung unter Nutzern sowie (Noch-/Nicht-Nutzern des BIX sollte Klarheit darüber geben, welches die Wünsche für Neuerungen und Änderungen seien. In der Befragung wurde der eindeutige Wunsch geäußert, auf ein Ranking der Bibliotheken zu verzichten und eine größere Anzahl an Teilnehmerbibliotheken für den BIX zu gewinnen. Frau Wimmer zeigt, wie dieser Wunsch durch einen Wechsel von einem Ranking zu einem Rating realisiert wurde. Die Unterteilung des Teilnehmerfeldes in drei Gruppen soll die Vermittlung der Daten nach außen (beispielsweise an die Geldgeber) leichter gestalten. Hierzu diene auch eine Profilgrafik, welche die einzelnen Stärken und Schwächen der Bibliotheken darstellt. Die bekannten BIX-Indikatoren bleiben bestehen, und zusätzlich werden schrittweise neue Indikatoren eingeführt, um den BIX weiterhin als eine attraktive Institution zu erhalten. Im Anschluss an die Vorstellung der BIX-Neuerungen folgt die Präsentation des dbv-Berichts zur Finanzlage der Bibliotheken 2011. Durch diesen Bericht und die Verwendung der Daten für den „Bericht zur Lage der Bibliotheken“ sollen aktuelle Fakten und Zahlen der Bibliotheken in einen bibliotheks- und bildungspolitischen Rahmen gefasst werden. Alle 251 Bibliotheken der Sektion 4 wurden hierfür im Mai und Juni 2011 (mit einer Rücklaufquote von 76%) zu ihrer Lage befragt.

Bei über der Hälfte aller Universitätsbibliotheken wirken sich Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung (Stellen- bzw. Etatkürzungen o.ä.) aus bzw. stehen in der nächster Zeit bevor. Aber auch die Fachhochschulbibliotheken seien hiervon, v.a. bezogen auf ihren Medienetat, betroffen. Beim Personal befürchten 25% der Universitätsbibliotheken Streichungen. Die Bibliotheken könnten diese Kürzungen jedoch größtenteils abfangen, und es gäbe geringe Einschränkungen im Dienstleistungsangebot (kürzere

Öffnungszeiten, weniger Schulungen, Wegfall von Projekten...).

Nach der Präsentation von Frau Wimmer stellt Herr Dr. Simon-Ritz die gesammelten Daten für den „Bericht zur Lage der Bibliotheken“ vor. Ziel des Berichtes war es, die Daten für wissenschaftliche und öffentliche Bibliotheken so aufzubereiten, dass die finanzielle Lage in den unterschiedlichen Häusern vergleichbar dargestellt wird. Bereits letztes Jahr wurde in dem Bericht aufgezeigt, dass die Nutzerzahlen der Bibliotheken in der letzten Dekade gestiegen waren. Dieses Jahr sei man in dem Bericht auch auf die gestiegenen Erwerbungssetats eingegangen, die jedoch nicht zu einer Zunahme beim Printmedienerwerb führten. Dies sei der Versiebenfachung der Ausgaben für elektronische Medien gegenüber den Ausgaben für Printmedien im gleichen Zeitraum (2000 - 2010) geschuldet.

Der Bericht, der zeitnah zur Aktionswoche „Treffpunkt Bibliothek“ am 20.10.2011 veröffentlicht (vgl. [http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user\\_upload/DBV/themen/Bericht\\_zur\\_Lage\\_der\\_Bibliothek\\_e\\_n\\_2011\\_Web.pdf](http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/themen/Bericht_zur_Lage_der_Bibliothek_e_n_2011_Web.pdf)) und in Göttingen vorgestellt wurde, stieß auf ein lebhaftes und positives Feedback in der Presse.

### **Diskussion:**

In der anschließenden Diskussion bemerkt Herr Bilo (UB Essen-Duisburg), dass durch den Bericht der Blick der Öffentlichkeit auf ein schwierig zu kommunizierendes Thema gelenkt wurde. Große Zeitungsreportagen zu bibliotheksbezogenen Themen seien zwar grundsätzlich zu begrüßen, wenn jedoch die Presse die Bibliotheken (nur) als „Notleidende“ darstellt, lässt dies ein vielleicht zu negatives Image entstehen. Herr Bilo fände eine Botschaft nach dem Motto: „Wir haben keine Probleme... und die, die wir haben, lösen wir!“ besser.

Frau Müller (SuUB Bremen) führt an, dass es nicht optimal ist, von der Presse auf Zahlen angesprochen zu werden, die kurz vorher veröffentlicht wurden, ohne zuvor in der Sektion 4 vorgestellt worden zu sein. Gerade für eine Bibliothek, deren finanzielle Situation nicht so düster sei, werde es dann schwierig, auf die Fragen so zu antworten, dass das Gesamtbild des Berichts von der Presse noch nachvollzogen werden kann.

Herr Dr. Klotz-Berendes (HSBib Münster) sieht das Statement zu den Auswirkungen auf die Bibliotheksangebote sehr kritisch. Es könne der Eindruck entstehen, „die Bibliotheken hatten noch genug Speck, so dass die Nutzer nichts davon gemerkt haben“. Diese Aussage sei in der öffentlichen Darstellung sehr problematisch und hätte dringend der vorherigen Erörterung in der Sektion 4 bedurft.

Herr Dr. Simon-Ritz räumt ein, mit Blick auf eine zeitnahe Veröffentlichung zur „Themenwoche“ den erforderlichen Zeitraum für die Erörterung zu knapp bemessen zu haben. Im Frühjahr werde man vor der Veröffentlichung des nächsten Berichtes mit der Sektion 4 darüber beraten.

Herr Dr. Wawra führt aus, dass es sich bei den Berichten um ein neues Thema handelt, welches die Diskussion der gemeinsamen Aufstellung von ÖBs und WBs unter dem Dach DBV erforderlich macht.

Herr Dr. Bonte bemerkt, es sei nicht wichtig ob, sondern wie mit dem Bericht an die Öffentlichkeit gegangen wird. Mit einem „wir sind gefährdet...“-Motto stünde man (nach dem „Naturschutzgedanken“) immer in der Defensive. Viel erbauender wäre doch, ein strategisch auf die Vorwärtsverteidigung gerichtetes Bild zu erzeugen. Mit dem Wegfall des Rankings würde man den Spitzenplätzen den Konkurrenzgedanken nehmen, womit man nicht erfolgreich sein könne.

Herr Wätjen wirft ein, dass eine Differenzierung der unterschiedlichen Bibliothekssparten sehr wohl notwendig ist. Ausleihzahlen von öffentlichen Bibliotheken seien aufgrund ihres Bestandes und ihrer Nutzer anders zu interpretieren als Ausleihzahlen wissenschaftlicher Bibliotheken. Zusätzlich gebe es auch notleidende wissenschaftliche Bibliotheken, so dass in den Darstellungen auch statistische Ausreißer Beachtung finden müssten.

Herr Dr. Kreische fügt hinzu, dass doch auch die Adressaten der Bibliotheken unterschiedlich sind. Der öffentliche Geldgeber als eigentlicher Adressat der öffentlichen Bibliotheken sei nun mal ein anderer als der Adressat der wissenschaftlichen Bibliotheken.

Einhellig wird der Wunsch geäußert, den Wegfall des Rankings nochmals zu überdenken.

## **TOP 5 – Bibliothekspolitik 3: Zukunft des SSG-Systems der DFG**

### **Dr. Christoph Kümmel (DFG Bonn): SSG 2.0 – das Sondersammelgebietssystem der DFG nach seiner Evaluierung**

Herr Dr. Kümmel berichtet über die Ergebnisse der Evaluierung des Sondersammelgebietssystems der DFG im Frühjahr 2011 und über die Weiterentwicklung des Systems. Er weist darauf hin, dass es Änderungen im SSG-System geben wird, vieles aber noch in Diskussion ist.

Hauptergebnis ist die allgemeine Zufriedenheit der Wissenschaftler mit der Literaturversorgung, womit er auch die Funktion des SSG-Systems bestätigt sieht. Für alle Fächer gilt aber auch, dass der Zugriff auf elektronische Publikationen, insbesondere Zeitschriften, verbesserungsbedürftig ist. Herr Dr. Kümmel verdeutlicht, dass sich die Erwartungen und Bedürfnisse der Wissenschaftler verschiedener Disziplinen stark unterscheiden. Er betont, dass das SSG-System seine wichtige Rolle auch zukünftig weiter erfüllen kann, wenn auf fachliche Unterschiede eingegangen und von einheitlichen Vorgaben der Betreuung abgesehen wird. In diesem Zusammenhang grenzt er die bisherige Rolle des SSG-Systems (vorsorgender Bestandsaufbau, vollständiges Reservoir in allen Fächern) von der zukünftigen ab, wonach eine eigenverantwortliche Versorgung nach fachlichen Interessen und die Informationsvermittlung wichtige Aufgaben des SSG-Systems sein sollen.

Herr Dr. Kümmel geht des Weiteren auf die Weiterentwicklung des Systems ein, auf neue Querschnittsaufgaben (z.B. Lizenzierung digitaler Medien, Hosting und Langzeitarchivierung) und die Einführung eines Steuergremiums zur Stärkung der Koordinierung und Zusammenarbeit (wie dieses funktionieren soll, ist jedoch noch unklar). Ab 2013 folgt die gruppenweise Einführung neuer flexiblerer Fördermodalitäten mit einer längeren Antragslaufzeit und danach die Anpassung der Verteilung der Zuständigkeiten nach dem sogenannten Sammelplan. Abschließend geht Herr Dr. Kümmel auf Chancen, Risiken und Herausforderungen des SSG-Systems ein.

### **Diskussion:**

In der anschließenden Diskussion stellt Herr Dr. Knoche die Frage nach der zukünftigen Rolle von Spezialbibliotheken. Laut Herrn Dr. Kümmel soll die Forschungsbibliothek in Zukunft gestärkt werden. Zur Diskussion steht auch die Frage des zukünftigen Umgangs mit regionalen SSG, bzw. wie sich SSG in den fachspezifischen Dialog einordnen lassen (Herr Dr. Degkwitz). Herr Dr. Kümmel führt auf, dass im Moment noch kein idealer Sammelplan vorhanden und somit eine eindeutige Aufteilung der Zuständigkeiten noch unklar ist.

Herr Wätjen fragt mögliche quantitative Analysen im Rahmen der Evaluierung des SSG nach. Da im Vordergrund dieser Auswertung die Leistungsfähigkeit des Systems stand und nicht die Nutzungsfrequenz, wurden laut Herrn Dr. Kümmel keine quantitativen Analysen durchgeführt. Frau Dr. Tröger bestätigt, dass es hier um die Struktur des SSG-Systems ging, und ob die Weiterführung des bisherigen Systems sinnvoll ist. Sie erwähnt, dass eine jährliche Überprüfung der Zahlen bzw. Gelder bereits erfolgt. Hinsichtlich der Einführung eines neuen Fördermodells schildert Herr Depping (UuSB Köln), wie einfach es bisher für SSG-Bibliotheken war, Fördermittel zu erhalten. Die größere Flexibilität des neuen Fördermodells birgt seiner Meinung nach die Gefahr, dass die Kontinuität zu kurz kommen könnte. Herr Dr. Kümmel räumt ein, dass durch die erhöhte Flexibilität ein größerer Nutzen nur für diejenigen entsteht, die auch etwas mit der Flexibilität anfangen können.

Auf Frau Roeders Frage (LB Oldenburg), wer die Entscheidung hinsichtlich der Zuständigkeiten für das jeweilige Fach trifft, erläutert Herr Dr. Kümmel, dass es hierzu keine konkreten Empfehlungen gibt. Die Form der Betreuung muss sich seiner Meinung nach nicht ändern, wenn sich die bisherige Form bewährt hat. Er betont die Wichtigkeit des Dialogs mit dem Fach und der Eigenverantwortung der Bibliotheken.

Zum Abschluss der Diskussion wird auf die Frage nach der Verpflichtung der SSG zur Langzeitarchivierung eingegangen (Frau Dr. Tröger). Es wird darauf hingewiesen, dass alles, was von der DFG beschafft wird, auch dauerhaft archiviert werden muss.

## **Dr. Sigrun Eckelmann: Neuausrichtung der überregionalen Informationssysteme & weitere DFG-Nachrichten**

Im Anschluss geht Frau Dr. Eckelmann in ihrem Bericht der DFG auf das Thema der „Neuausrichtung der überregionalen Informationssysteme“ ein. Dazu wird derzeit ein Positionspapier vorbereitet (Fertigstellung Frühjahr 2012), in dem u.a. folgende Ziele der Weiterentwicklung formuliert werden: funktional statt regional, Aufbau und Entwicklung neuer Services (Lizenzierung, Hosting etc.),

Sicherstellung des nachhaltigen Betriebs, Indizierung der Erschließungsdaten.

Insgesamt wird ein Wandel der Struktur angesteuert. Frau Dr. Eckelmann stellt klar, dass dies keine isolierte Initiative der DFG ist, sondern eine Diskussion, die allgemein stattfindet, z.B. auch beim WR. Auch das Thema der Informationsinfrastruktur wird mehrfach parallel diskutiert.

Anschließend geht Frau Dr. Eckelmann auf das neue Förderprogramm / Ausschreibung der DFG ein. Hierfür wurde bereits ein formaler Förderrahmen verabschiedet. Das neue Förderprogramm beinhaltet die Ausschreibung mehrerer Projekte parallel mit einem maximalen Volumen von 500.000 € pro Projekt und Jahr und für maximal 5 Jahre. Voraussetzung bei der Antragstellung ist die (sehr hohe) Eigenleistung und die Feststellung der Nachhaltigkeit.

Hierzu fand im Juni 2011 ein Workshop in Bonn statt, an dem verschiedene Fachbereiche teilnahmen (u.a. der WR, Rechenzentren etc.). Dabei wurde zum einen diskutiert, welche Themen ausgeschrieben werden sollen, zum anderen wurde der Titel der Ausschreibung „Neuausrichtung überregionaler Informationssysteme“ festgelegt. Ziel des Workshops war es, die Informationslandschaft in Deutschland zu verbessern.

Dabei wurden 4 Themenbereiche identifiziert: Bibliotheksdateninfrastruktur (Literaturdaten, ZDB), Langzeitverfügbarkeit (hierfür werden organisatorische Konzepte entwickelt), Electronic Research Management (Statistik) und eine forschungsnaher Informationsinfrastruktur.

Zum letzten Punkt führt sie aus, dass dieser Themenbereich bisher noch Neuland ist. Ziel ist es, die Bibliotheken stärker in dieses Aktionsfeld einzubeziehen, also weg von einer passiven Haltung der Bibliotheken hin zu einer aktiven Rolle in der Forschung – auch um den Wissenschaftlern vorhandene Kompetenz aufzuzeigen.

Des Weiteren geht Frau Dr. Eckelmann auf das Thema Nachhaltigkeit als Voraussetzung für die Antragstellung ein. Dies sei v.a. eine Frage der Finanzierung – im Gespräch sind Bundes-, Länder- und kommunale Mittel.

Zum bisherigen Stand des neuen Förderprogramms berichtet Frau Dr. Eckelmann, dass derzeit der Ausschreibungstext formuliert wird. Außerdem sei die Ernennung eines Beirats angedacht, der die Leitung der Ausschreibung übernehmen soll.

### **Diskussion:**

Zum Thema aktive vs. passive Haltung der Bibliothek in der Forschung äußert Herr Dr. Degkwitz (HU Berlin) Kritik. Er sehe die Bereitstellung von Informationen durchaus als eine aktive Aufgabe der Bibliothek.

Hinsichtlich der Fördermittel/Finanzierung fragt Herr Wätjen nach zugrundeliegenden Berechnungen. Genannt wurde laut Frau Dr. Eckelmann von der DFG ein maximaler Rahmen, dessen Ausschöpfung nicht zwingend nötig sei. Für den Fall, dass der Bedarf jedoch höher als dieser Grenzrahmen sei, müsse im Einzelfall geprüft werden.

Des Weiteren stellt Herr Wätjen die Wettbewerbsstruktur des neuen Förderprogramms in Frage, da dadurch zu viel Konkurrenzdenken entstehe, ohne dabei eine nachhaltige Entwicklung zu forcieren. Frau Dr. Eckelmann erwidert, dass bisher immer eine öffentliche Ausschreibung stattfand, bei der sich jeder bewerben könne, auch Partnerschaften seien möglich. Ein Sonderschutzrecht für bestimmte Gruppen werde nicht gewährt. Viel wichtiger sei ihrer Meinung nach ein langer Antragszeitraum, um eine professionelle Aufstellung der Bibliothek sicherzustellen.

Anschließend skizziert Frau Eckelmann auf Anfrage von Herrn Dr. Kreische die strukturellen Auswirkungen der Ausschreibung. Dabei erläutert sie, dass verschiedene Blöcke parallel ausgeschrieben werden, wobei keine detaillierte Strukturierung vorliege, es werde vielmehr versucht, das System weiterzuentwickeln.

Die Ausführungen von Herrn Dr. Kümmel und Frau Dr. Eckelmann, dass Bibliotheken sich weg vom Sammeln hin zum Forschen und zum Service bewegen müssen, werden von Frau Dr. Siebert bestärkt. Sie weist hierzu allerdings auf die Problematik der nicht vorhandenen Personalressourcen hin. Auch ändere sich das Berufsbild und seine Anforderungen entscheidend.

## **TOP 6 - Bibliothekspolitik 4: KII-Empfehlungen zur Informationsinfrastruktur**

### **Dr. Beate Tröger (ULB Münster): Impulsreferat**

In ihrer Funktion als DINI-Vorsitzende war Frau Dr. Tröger im Steuerungsgremium zu KII tätig. In der Kommission waren die „maßgeblichen Akteure der Informationsinfrastruktur (S. 5)“ beteiligt (135 Personen aus 54 Institutionen). Lediglich die Rechenzentren der Hochschulen hätten kritisch angemerkt, dass sie nicht ausreichend vertreten waren.

Die Informationsinfrastruktur wird im Papier als disziplinübergreifendes Netz verstanden. Die acht disziplin-, sparten- und institutionsübergreifenden Handlungsfelder (1. Lizenzen, 2. Hosting / Langzeitarchivierung, 3. Nichttextuelle Materialien, 4. Retrodigitalisierung/Kulturelles Erbe, 5. Virtuelle Forschungsumgebungen, 6. Open Access, 7. Forschungsdaten, 8. Informationskompetenz/Ausbildung, S.7) spiegeln ausdrücklich die momentane Sichtweise dieser Fragestellungen wider. Das sog. „laufende Geschäft“ soll durch die Fokussierung auf die Handlungsfelder nicht abgewertet werden und war explizit nicht Gegenstand des Papiers.

Ein Auftrag der politischen Vertreter war, dass „Ross und Reiter“ - insbesondere bei der Koordination und der Finanzierung der Handlungsfelder – klar benannt werden müssten. Aus diesem Auftrag resultiert die konkrete Nennung einzelner Institutionen als Koordinatoren für das jeweilige Handlungsfeld.

Frau Dr. Tröger sieht dies als einen differenziert zu betrachtenden Bereich des KII-Papiers an. Ihrer persönlichen Ansicht nach ist die Koordination der Handlungsfelder nicht als Monopolisierung für „Zentralisierungs-Omnipotenz-Phantasien“ zu verstehen und die koordinierende Einrichtung als hauptsächlicher *Player* auf diesem Gebiet, der einen Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel erhält. Diese soll vielmehr als „Kompetenzzentrum“ agieren. Schließlich gibt es Themen, bei denen eine andere Vorgehensweise gar nicht möglich ist (z.B. bei den Virtuellen Forschungsumgebungen) oder bei denen man durchaus froh ist, wenn jemand federführend tätig ist (z.B. Retrodigitalisierung).

Weiter können diese Handlungsfelder den Hochschulbibliotheken dazu dienen, eine Standortbestimmung vorzunehmen und deutliche Schwerpunkte zu setzen.

Grundsätzlich gilt der Auftrag der Kommission als erfüllt. Der WR wird das KII-Papier in seine „Empfehlungen zu Forschungsinfrastrukturen“ einbeziehen und es obliegt ihm, mögliche Synergieeffekte und Einsparpotentiale zu benennen.

### **Dr. Axel Halle (UB Kassel) und Han Wätjen (BIS Oldenburg): Stellungnahme der Hochschulbibliotheken zur Entwicklung von Informationsinfrastrukturen in Deutschland**

Herr Wätjen weist darauf hin, dass die Stellungnahme einen Entwurf darstellt, gleichzeitig aber einen Konsens der informellen AG der Sektion 4 des DBV, die neben den Vortragenden aus Dr. Andreas K. Richter (UB TU Berlin), Dr. Frank Simon-Ritz (UB Weimar) und Dr. Steffen Wawra (UB Passau) besteht.

Trotz der breiten Beteiligung von 54 Institutionen an der Entstehung von KII fällt auf, dass die Hochschulbibliotheken nur schwach repräsentiert waren. Es folgt eine Stellungnahme der AG aus Sicht der Hochschulbibliotheken zu den acht Handlungsfeldern (vgl. Präsentation - versandt am 02.11.2011 von Herrn Wätjen).

#### **1.) Lizenzen**

Die Empfehlung zur Bereitstellung zusätzlicher zentraler Mittel für Nationallizenzen den Grundbedarf oder die „Bedarfsebene 1“ betreffend ist aus Sicht der Hochschulbibliotheken zu begrüßen. Ebenso müssen die laufenden Erwerbsetats der Hochschulbibliotheken für Printmedien verstärkt werden. Die DFG kann dabei ein guter Koordinator sein. Kritischer wird gesehen, dass in den Entscheidungsgremien fast ausschließlich Institutionen der GWL- und Allianzinitiative vertreten waren.

Von Seiten der Hochschulbibliotheken besteht bei diesem Punkt der Wunsch nach transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungskriterien. So sind z.B. Berechnungen zur Kosteneffizienz von Zeitschriften objektiver als die Urteile von Fachwissenschaftlern und Bibliothekaren. Da die Hochschulbibliotheken außerdem hauptsächlich den Kontakt zu den Endkunden haben, ist in Zukunft darauf zu achten, dass diese adäquat durch eine von Sektion 4 legitimierte Vertretung an Verhandlungen und Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

## **2.) Hosting/Langzeitarchivierung**

Im Bereich des Hostings kann den Empfehlungen nur zugestimmt werden. Der Bedarf für zusätzliche Analysen und Untersuchungen betrifft Fragen, die schon längst geklärt sein sollten, auch die Notwendigkeit für eine vernetzte Infrastruktur zum verteilten Hosting und die Einbeziehung existierender internationaler Dienste (z.B. Portico, LOCKSS) sind unstrittig. Das FIZ Karlsruhe kann für diesen Bereich ein möglicher Koordinator sein, dasselbe gilt für die DNB im Bereich der LZA (nestor).

Da die Hochschulbibliotheken als Erwerber und Eigentümer von Lizenzen in diesem Bereich sowohl Auftraggeber als auch Kunden darstellen, sollten sie bei den Entscheidungen in diesem Bereich einbezogen werden.

## **3.) Nichttextuelle Materialien**

Hier ist dem Aufbau von dezentralen Sammelnetzwerken ebenso wie Kompetenzzentren zuzustimmen. Die AG schlägt vor, vorhandene dezentrale Netzwerke (z.B. die AG Filmbibliotheken) zum Aufbau der Kompetenzzentren zu nutzen, gleiches gilt für die Erfahrungen der Universitätsbibliotheken mit nichttextuellen Materialien.

Mehr kollaborative Forschungsprojekte zwischen Gedächtnisorganisationen und Forschungseinrichtungen sind aus Sicht der Hochschulbibliotheken eher ungeeignet für den Aufbau nachhaltiger Infrastrukturnetzwerke.

Der WR schlägt die TIB Hannover als Koordinator und gleichzeitigen Betreiber eines fachgebundenen Kompetenzzentrums vor, der nichttextuelle Objekte sammeln, archivieren und mediengerecht zur Verfügung stellen soll. Hier ist eine klare Aufteilung der Rollen von Koordinator, fachlichem Kompetenzzentrum und nationaler Sammlung nötig, um Interessenskollisionen zu vermeiden.

## **4.) Retrodigitalisierung/Kulturelles Erbe**

Die Deutsche Digitale Bibliothek (DDB) ist unstrittig als Kern der deutschen Digitalisierungs-Infrastruktur zu sehen, an der sich auch kleine und mittlere Einrichtungen mit ihren Kompetenzen und Kapazitäten beteiligen. Deswegen ist der Leistungsverbund von 10 fachlich, spartenspezifisch oder regional fokussierten Zentren genauso wie die Einrichtung einzelner Koordinatoren aus Sicht der Hochschulbibliotheken kritisch zu sehen.

Um die Beteiligung aller Einrichtungen zu sichern, sollten die Fördervolumina zur Digitalisierung (dbv: 10 Mio Euro/Jahr) erhöht werden und die (Hochschul-)Bibliotheken in den Gremien angemessen vertreten sein.

## **5.) Virtuelle Forschungsumgebungen**

Der im KII-Papier geäußerte Bedarf an 240 deutschen Entwicklungsprojekten (statt der bisherigen 33) in diesem Bereich ist nicht nachvollziehbar. Auch steht die Empfehlung einer „nationalen Infrastruktur“ im Widerspruch zur Internationalität in diesem Bereich. Die Notwendigkeit der Identifizierung und Kartierung bereits vorhandener Expertise und deren Koordination (SUB Göttingen) wird als weniger wichtig angesehen. Wichtiger ist hingegen die Integration der De-facto-Standards in die lokalen Umgebungen der Hochschulen und Bibliotheken (z.B. in Portalen), zumal im Forschungsalltag weniger deutsche Projektlösungen als vielmehr z.B. Open-Source- oder Web-2.0-Anwendungen zum Einsatz kommen.

## **6.) Open Access (OA)**

Auf diesem Gebiet sind sehr unterschiedliche Akteure tätig und international vertreten, zumal auch die

Fachstrukturen in der Regel nicht an Landesgrenzen Halt machen. Eine nationale OA-Policy ist hierbei hilfreich. Allerdings sind Top-Down-Modelle schwierig umzusetzen, da die Überzeugungsarbeit vor Ort an den Hochschulen geleistet werden muss. Entscheidungskompetenzen über Publikationsfonds für nationale und internationale Gemeinschaftsvorhaben sind daher weniger zentral sondern vielmehr dezentral den einzelnen Einrichtungen zuzuweisen. Eine Kooperation der schon vorhandenen Akteure (DINI...) ist daher einer Koordination durch die Allianz-AG zu OA bzw. Max-Planck-Gesellschaft/MPDL vorzuziehen.

#### 7.) **Forschungsdaten**

Hier sind klare Verantwortlichkeiten und organisatorische Strukturen wichtig, allerdings werden der Umgang mit den Forschungsdaten und der Aufbau von diesbezüglichen Strukturen in der Regel von der Wissenschaft selbst definiert (Bottom-Up) und ggf. international organisiert, was die Koordination (DFG und Helmholtz-Gemeinschaft und bereits etablierte Forschungsdatenzentren) erschwert. Gegenwärtig gibt es in Deutschland für nur wenige Disziplinen und Communities Datenzentren.

#### 8.) **Informationskompetenz/Ausbildung**

Viele Hochschulbibliotheken haben bereits vielfältige und gestufte Angebote und bauen diese stetig aus. Trotz dieser Aktivitäten ist es aber wichtig, einfachere Zugänge zu den Angeboten der Bibliotheken zu schaffen. Statt der Hochschulrektorenkonferenz als Koordinator wird der Ausbau lokaler und regionaler Netzwerke sowie von [www.informationskompetenz.de](http://www.informationskompetenz.de) empfohlen.

Des Weiteren:

- **Weiterentwicklung der Verbundsysteme**  
(vgl. dazu TOP 4 und zugehörige Stellungnahme der Sektion 4)
- **Governance und Ressourcen im Gesamtkonzept der KII**

Die Hochschulbibliotheken betonen die Notwendigkeit, die Koexistenz zentraler und dezentraler Strukturen (Föderalismus und Hochschulautonomie) anzuerkennen. Außerdem muss die Frage der Koordinatoren in einem offenen Verfahren durch die GWK entschieden und weiter klar zwischen Koordinations-, operativen, strategischen und Aufsichtsaufgaben unterschieden werden. Die GWK sollte dringend die Kosten sowie die Finanzierung in den einzelnen Handlungsfeldern klären und dabei zwischen Koordinatoren und Handlungsfeldern trennen.

Grundsätzlich müssen die Hochschulbibliotheken als Teil der Informationsinfrastruktur auf allen Ebenen stärker einbezogen werden. Die überwiegend nationale Orientierung passt nicht zur international vernetzten Forschung. Weiter sind neben der Forschung auch die Bereiche Lehre, Studium und Weiterbildung Teil der Informationsinfrastruktur.

#### **Diskussion:**

Herr Dr. Klotz-Berendes unterstreicht, dass Lehre, Weiterbildung und Studium bei KII zu kurz kommen. Die Hauptklientel aller Hochschulbibliotheken sind die Studierenden und nicht die Forscher.

Herr Dr. Bonte bemängelt, dass die Stellungnahme besonders die Sichtweise der Hochschulbibliotheken beinhaltet und nicht aller Mitglieder der Sektion 4, z.B. die Staats- und Regionalbibliotheken. Herr Wätjen entgegnet, dass dies bewusst so formuliert wurde, und ein gemeinsamer Nenner doch möglich sein muss. Herr Dr. Schnelling (Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt) merkt an, dass die Änderungen in der Informationsinfrastruktur vermutlich stärkere Auswirkungen auf die Hochschulbibliotheken als auf die Regionalbibliotheken haben werden.

## **TOP 7 - Bibliothekspolitik 5: Berichte und Initiativen der Sektion 4**

### **Dr. Irmgard Siebert (ULB Düsseldorf): Planungen und Arbeitsschwerpunkte der AG Regionalbibliotheken**

Frau Dr. Siebert führt aus, dass die Arbeitsgemeinschaft der Regionalbibliotheken bereits seit 40 Jahren existiert und ca. 60 Mitglieder umfasst, die regelmäßig an den Tagungen der AG teilnehmen. Die Arbeitsgemeinschaft beschäftigt sich beispielsweise mit der Theorie und Praxis des konventionellen und elektronischen Pflichtexemplars. Dieses Thema ist in letzter Zeit so wichtig geworden, dass nun eine Untergruppe „Pflicht“ eingerichtet wurde.

Auch beschäftigt sich die Gruppe mit Digitalisierungsstrategien und -technologien, denn auch in kleineren Bibliotheken wird (mit und ohne DFG-Unterstützung) digitalisiert. Das Thema Regionalbibliographie wird seit 1983 in einer Unterarbeitsgruppe behandelt, und ein weiterer ständiger Begleiter der AG sind die Formen und Möglichkeiten einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit.

Eine Mitgliederbefragung über neu zu diskutierende Themen ergab zum Beispiel den Wunsch, sich als Regionalbibliotheken im Kontext der aktuellen Informationsinfrastruktur-Diskussion (KII) einzubringen, Modelle für strategische Partnerschaften und Kooperationen zu erarbeiten, eine Optimierung der Kommunikation untereinander im Interesse des Sharing von Projektmanagement-Erfahrungen durchzuführen, und die Relevanz der Bestände für Forschung und Lehre stärker in den Vordergrund zu rücken, um Regionalbibliotheken als intensiv nachgefragte Forschungsbibliotheken zu positionieren.

Frau Dr. Siebert erwähnt, dass es im Moment eine „Renaissance“ der Sammlung und einen Kult um „das Original“ gebe, was vielleicht auf eine Renaissance der Landes- und Regionalbibliotheken hindeute. Für die gewünschte stärkere strategische Ausrichtung sei jedoch anzumerken, dass bisher an den Sitzungen der AG nur wenige Bibliotheksdirektoren teilnehmen, sondern eher die Zuständigen für

Landesbibliotheksaufgaben oder Sondersammlungen.

Aktuell arbeitet die AG an einer Publikation über die Digitalisierungsvorhaben der Regionalbibliotheken, die im Frühjahr 2012 in guter Tradition bei Klostermann erscheinen wird. Diese wird gerade den kleineren Regionalbibliotheken helfen, sich bibliothekspolitisch positionieren zu können, wenn es darum geht, die Digitalisierung des kulturellen Erbes auf wenige große Standorte zu konzentrieren. Auf dem nächsten Bibliothekartag in Hamburg wird sich die Arbeitsgemeinschaft Regionalbibliotheken am Stand des dbv mit präsentieren können, um Informationen zu Publikationen und einzelnen Digitalisierungsprojekten anzubieten.

Von der Sektion 4 erwartet die AG Regionalbibliotheken eine stärkere Berücksichtigung ihrer Themen und Interessen, auch bei den aktuellen Informationsinfrastruktur-Debatten, nach dem Motto „Zentralisierung ist nicht alles, elektronische Informationsversorgung ist praktisch, aber auch langweilig, Vielfalt als Chance und Herausforderung, nicht nur als Problem“.

### **Christian Benz (UB Mannheim), Dr. Fabian Franke (UB Bamberg), Dr. Renate Vogt (UB Bonn): Vorschlag der Gründung einer dbv-Kommission „Informationskompetenz“**

Herr Benz erkundigt sich im Plenum, ob Einwände gegen das Papier zur Einrichtung einer dbv-Kommission „Informationskompetenz“ bestehen. Nachdem sich alle einverstanden zeigen, werden noch einige Hintergrundinformationen präsentiert.

#### **Diskussion:**

Allgemein wird sichtbar, dass im Bereich der IK eine Struktur aufgebaut werden muss, die gemeinsame Anliegen (lokal und länderübergreifend) artikulieren kann. Hierbei unterschiedliche Strukturen zu einer gemeinsamen Struktur zusammengeführt werden sollen und im dbv die Bereitschaft existiert, Im dbv existiert die Bereitschaft, eine gemeinsame Kommission für Informationskompetenz zu gründen.

Frau Dr. Siebert merkt an, dass man zwar eine kritische Position zu KII einnimmt, aber in dieser

Beziehung vorpreschen sollte, um eine Zentralisierung im Bereich der Informationskompetenz zu erreichen.

Herr Benz bemerkt, es gäbe bisher kein nationales Zentrum für die Einbringung von Vorschlägen, aber eine große Anzahl an Themen. Diese müssten auch in großem Kreis diskutiert werden.

Frau Dr. Tröger findet, dass die Informationskompetenz in dieser neuen Struktur eine neue Wertigkeit und Wichtigkeit erhält..

Es sei demnach gut, sich zu positionieren, wobei man allerdings beachten sollte, dass Schüler und Lernende im Vordergrund zu stehen haben. Dabei kann die Kommission als Gesprächspartner für die Hochschulrektorenkonferenz fungieren.

Frau Roeder kann sich ein Netzwerk zur nationalen Koordinierung vorstellen, welches die HRK verantwortlich organisiert und vertritt die Auffassung, die öffentlichen Bibliotheken sollten auch in die Kommission einbezogen werden, da diese das Thema Informationskompetenz in der Breite anders, aber mit denselben Inhalten behandeln. Über die Nichterwähnung der Landes- und Regionalbibliotheken zeigt sich Frau Roeder enttäuscht. Bei der Gestaltung der wissenschaftlichen Informationskompetenz dürften die Landes- und Regionalbibliotheken nicht vergessen werden, da diese inhaltliche Überschneidungspunkte sowohl mit den öffentlichen Bibliotheken als auch mit den wissenschaftlichen Bibliotheken aufweisen.

Herr Benz bedankt sich für den Hinweis und räumt ein, die Regional- und Landesbibliotheken zwar nicht explizit erwähnt, aber ebenfalls gemeint zu haben.

Herr Dr. Kreische bittet darum, das Grundkonzept der Arbeitsgruppe auf der nächsten Tagung der Sektion 4 vorzustellen.

Herr Dr. Wawra berichtet, dass es sich hierbei nicht um eine Arbeitsgruppe der Sektion 4 handelt, sondern eine Kommission des dbv. Er registriert die Zustimmung des Plenums und wird dem dbv die Einberufung der Kommission empfehlen.

## **TOP 8 - Verschiedenes**

### **Dissertationenabgabe / KMK –Empfehlung**

Herr Dr. Andreas Degkwitz (HU Berlin und Sprecher der DINI-AG) stellt die Fibel „Prozessorientierte Hochschule“ (Andreas Degkwitz und Frank Klapper (Hrsg.)) vor, die auf dem DINI-Server (22.08.2011) als [Open-Access-Publikation](#) und im Verlag Bock + Herchen (ISBN: 978-3-88347-280-5) erschienen ist. Sie behandelt allgemeine Aspekte des Prozessmanagements und macht diese an praxisorientierten Beispielen fest. Zwei Kapitel nehmen auch direkt Bezug auf Bibliotheken (z.B. Bibliothek der ETH Zürich).

Im Anschluss berichtet Frau Tröger über neue Entwicklungen im DINI-Vorstand. Sie selbst wird nach 10 Jahren aus dem Vorstand zurücktreten, aber im DINI-Hauptausschuss weiterhin mitarbeiten. Den Vorsitz übernimmt turnusgemäß ein Vertreter der Rechenzentren, Frau Dr. Oevel, die Leiterin des Rechenzentrums der Universität Paderborn. Neu berufen aus dem Hauptausschuss in den Vorstand wurde der Leiter der Universitätsbibliothek Paderborn, Herr Dr. Haubfleisch.

Herr Dr. Brintzinger (UB der LMU) weist darauf hin, dass man zum Thema Dissertationenabgabe die Empfehlungen der KMK ändern sollte. Sie stellen seit 1997 ein sichtbares Hemmnis auf formaler Ebene gegen die elektronische Abgabe von Dissertationen dar. Es gäbe noch immer eine Vielzahl an Dissertationen, die in Microfiche-Form abgegeben werden. Grund hierfür könnte sein, dass der Promovend schnell in den Besitz der Urkunde kommen möchte, wobei er dabei in Kauf nimmt, dass die Dissertation in dieser Form wahrscheinlich nicht gelesen wird bzw. u.U. bald nicht mehr gelesen werden kann. Herr Dr. Brintzinger empfiehlt, Dissertationen in Microfiche-Form nicht mehr zuzulassen.

Ablieferungen sollten nur noch in elektronischer Form oder als Verlagsveröffentlichung gestattet werden. Er bittet darum, dass die Sektion 4 in dieser Angelegenheit an die KMK herantritt. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Haubfleisch bemerkt Herr Dr. Brintzinger, dass der Dissertationen-Tausch in einzelnen Bereichen

noch aufrecht erhalten wird, bei den Microfiches aber deutlich reduziert wurde. Herr Dr. Wawra ergänzt, dass der formelle Änderungsantrag in das dbv-Intranet gestellt wird, und bittet innerhalb von drei Wochen um Rückmeldungen, um ihn dann als Auftrag an die KMK zu übergeben.

Dr. Kreische (UB Dortmund) weist daraufhin, dass auch der von der Sekt 4 im Jahre 1999 beschlossene Sammelplan für gedruckte Dissertationen aufgehoben werden sollte. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Eine Reihe von Teilnehmern der Tagung thematisieren die Frage „Sponsoring auf Sekt 4 Tagungen?“. Es bestehen unterschiedliche Auffassungen in der Auslegung des seinerzeitigen Bremer-Beschlusses, eine Abstimmung kommt mit 24:14 Stimmen zum Ergebnis, dass künftig lediglich der erhobene Tagungsbeitrag für die Vor-Ort-Verpflegung verwendet werden soll und auf Sponsoring generell verzichtet werden soll.

Herr Dr. Wawra gibt abschließend Hinweise zur geplanten Studienreise deutscher BibliothekarInnen im Frühjahr 2012 sowie zur Kontaktanfrage der Sibirischen Akademie der Wissenschaften, die sich für eine gemeinsame Tagung interessiert.

Die Frühjahrstagung 2012 in Koblenz wird voraussichtlich am 21. und 22. März oder am 28. und 29. März stattfinden, der genaue Termin wird in Kürze bekanntgegeben. Weitere Tagungsorte der kommenden Sektion-4-Sitzungen sind im Herbst 2012 Gießen und im Frühjahr 2013 Tübingen. Abschließend bedankt sich Herr Dr. Wawra beim Organisationsteam der Universitätsbibliothek Bayreuth für die Durchführung der Herbsttagung 2011.

---

**Protokoll:** Clemens Batrla, Maria Holzer, Stephanie Kroiß, Björn Lamprecht, Nina Pelka (UB Bayreuth)